

## **Sozialpolitischer Buß- und Betttag 16. November 2022**

### **Jetzt ist die Zeit**

**Was schafft Sicherheit in Krisenzeiten? Was tut not  
in dieser Zeit? Was schafft Sicherheit?  
Was braucht der gesellschaftliche Zusammenhalt?  
Veranstaltung der Ev. Stadtakademie Nürnberg  
Peterskirche Nürnberg**

Der Buß- und Betttag lädt ein zum Innehalten. Ein Tag, der in früheren Zeiten eine Reaktion auf Notzeiten gewesen ist.

Viele Menschen in Deutschland stehen jetzt in einer Notzeit. Die Not besteht darin, Rechnungen für Heizung und Strom nicht bezahlen und wegen der allgemein gestiegenen Preise auch andere wichtige Güter nicht mehr kaufen zu können.

Die Not besteht für Unternehmen darin, Energie- und Materialkosten einschließlich der Personalkosten nicht mehr stemmen zu können, in Insolvenz zu gehen und Mitarbeiter:innen entlassen zu müssen.

Das ist in vielerlei Hinsicht Existenznot. Was gerade in Deutschland passiert ist in hohem Masse bedrohlich für die Lebensläufe sehr vieler Menschen.

Die Inflation führt zu einer Investitionszurückhaltung von Unternehmen und bei allen durch Kaufkraftverluste zu Konsumzurückhaltung. Das führt zu Arbeitsplatzverlusten. Eine Rezession droht.

Der Boden unter den Füßen wird wackelig. Auf allen politischen Ebenen – dem Bund, den Ländern und in den Kommunen - ist seit Monaten die Befürchtung groß, dass materielle Not und Angst vor der Zukunft die Menschen in diesem Land erst in Unruhe und dann in Zorn versetzen könnten. Und dass diese Gemengelage zu einem Vertrauensverlust in die Demokratie führt.

Sie haben gefragt: „Was tut not in dieser Zeit? Was schafft Sicherheit?“

Was mit Geld gelöst werden kann, wird im Moment gelöst. Die Bundesregierung beschließt Entlastungspakete. Die auch von mir als Landtagsabgeordnete getragene Regierung in Niedersachsen hat gestern ein Entlastungspaket von 3 Milliarden Euro angekündigt, das wir Ende November im Landtag verabschieden werden. Im Zweifel ist es nie genug, aber es wird viel Geld in die Hand genommen zur Bewältigung der Krise in den nächsten Monaten.

Aber reicht es, Sonderfonds zu bilden und Notfallunterstützung zu geben?

Aus meiner Sicht reicht es nicht. Es ist unbedingt notwendig, aber es reicht nicht.

Jetzt ist die Zeit, dass jeder und jede Einzelne sich die Frage stellt:

Was brauche ich?

Was ist mir wichtig im Leben?

Wo ist weniger möglich, ohne dass ich verzichte?

Wie erreiche ich das?

Wie verständige ich mich mit anderen darüber?

Was brauche ich, damit ich gut und zufrieden leben kann?

Jeder Mensch hat dafür vermutlich eine ganz eigene Antwort.

Die von der neoliberalen Wirtschaftsdeologie geprägten letzten 30 Jahre haben tiefe Spuren in unserer Gesellschaft hinterlassen. Wir haben z.B. strukturelle wirtschaftliche Probleme individualisiert und mit der Figur des arbeitslosen Transferleistungsempfängers, den man zur Arbeit zwingen muss, eine Projektionsfläche geschaffen, die zu einer sich stetig vergrößernden wirtschaftlichen Ungleichheit in unsere Gesellschaft beigetragen hat. Ja, es gibt sie, die sich im Transferleistungssystem eingerichtet haben und ohne viel Arbeit durchs Leben kommen.

Aber sind sie in der Mehrheit? Ist es richtig, daran ein ganzes System auszurichten, das alle in weniger qualifizierte, schlecht vergütete Arbeiten zwingen kann?

Und genau das ist geschehen in den letzten dreißig Jahren.

Eine hohe Inflation und hohe Energiekosten ist besonders für Arbeitnehmer:innen, die wenig verdienen und gerade so über die Runden kommen bedrohlicher als für solche, die ein finanzielles Polster haben. Wir müssen jetzt auch deswegen so schnell mit Hilfspaketen regieren, weil wir zu viele Arbeitnehmer:innen haben, die wenig Rückendeckung haben.

Wenn wir uns ernsthaft die Frage stellen, was wir im Leben brauchen und womöglich zu der Antwort kommen, dass es weniger materielle Güter braucht, dann werden wir weniger kaufen. Das freut die Wirtschaft nicht.

Und uns am Ende auch nicht, weil es weniger Arbeitsplätze gibt. Die Wachstumsideologie ist jetzt auf die Spitze getrieben und trägt nicht mehr. Die Corona-Pandemie hat das in aller Deutlichkeit aufgedeckt. Es braucht andere Formen des Wirtschaftens.

Aber suchen nicht andererseits viele Branchen händeringend Fachkräfte?

Ich kenne die Fragestellung seit Jahren in Bezug auf Pflegekräfte,

Ärzt:innen, Erzieher:innen, Handwerker, Verwaltungsangestellte. Überall

wird gesucht. In den letzten Jahren wollten zu wenig Menschen im öffentlichen Dienst arbeiten, in Dienstleistungsberufen. Möglicherweise erfahren die Dienstleistungsberufe jetzt eine neue Beliebtheitsrenaissance, weil die Stellen sichere Einkünfte bieten.

Aber es freut natürlich den Metallarbeiter nicht, der nach einem guten von der IG Metall ausgehandelten Tarifvertrag vergütet wird, wenn er in die Altenpflege wechseln soll. Aber es würde der Altenpflege helfen, wenn mehr gewerkschaftliche Bindung geschaffen wird, weil das zu besseren Löhnen führt und in eine Umwandlung der Pflegeversicherung in eine Vollkasko-Versicherung. Aber zunächst wird sich der Metallarbeiter fragen, warum soll ich dafür büßen, indem ich weniger verdiene, weil in der Ukraine Krieg geführt wird und Russland uns mit Gas erpresst?

Hier komme ich zu einem anderen Aspekt. Wenn wir uns früher von russischem Gas unabhängig gemacht hätten und früher Flüssiggas aus den USA und anderen Ländern importiert und schon mehr erneuerbare Energien überall installiert hätten, wären die Energiekosten und damit auch die Inflation schon früher hoch gegangen. Das hätte weder die Arbeitgeber noch die Arbeitnehmer gefreut, weil die deutschen Produkte am Weltmarkt teurer geworden und Arbeitsplätze in Gefahr geraten wären.

Das spricht nicht gegen die Transformation der Energiewirtschaft, erklärt aber vielleicht, warum in den Merkel-Jahren so wenig passiert ist.

Jetzt sind wir durch den Ukrainekrieg gezwungen in diese nicht nur militärischen, sondern auch wirtschaftlichen Risiken hineinzugehen.

Jedenfalls wenn man nicht die Grenzverletzung und den Eroberungskrieg durch Russland in der Ukraine hinnehmen will.

Die Krise ist allumfassend groß und tiefgehend. Was können wir neben finanziellen Hilfen tun?

Sehen wir sie als Chance zur Veränderung.

Wir brauchen mehr Wohnungen in den Ballungsräumen, Neubau, aber auch intelligente Lösungen zur Renovierung und Nutzung von vorhandenem Baumaterial. Städte sollen hitzeresilienter werden, das bedeutet die Auseinandersetzung über die Frage wer welche Räume in den Städten nutzt. Dezentrale Energiegewinnung mit erneuerbaren Energieträgern verändert ebenfalls die Lebenswelt in Stadt und Land. Aber ist das schlimm?

Wir müssen zu einer anderen Form des Wirtschaftens kommen. Stichworte sind dabei mehr Recycling, weniger Ressourcenverbrauch, Kreislaufwirtschaft.

Auf dem Arbeitsmarkt sollte schlecht bezahlte Arbeit weiter abnehmen und tariflich abgesicherte Arbeit zunehmen, damit der Lebensunterhalt auskömmlich und die Rente anständig ist. Die Idee der Arbeitsversicherung anstelle der Arbeitslosenversicherung ist es wert in die Realität umgesetzt zu werden. Das zeigt, dass es uns allen nicht gleichgültig ist, wenn Menschen aus strukturellen Gründen unverschuldet arbeitslos werden.

Eine Arbeitsversicherung trägt dem Umstand Rechnung, dass sich die Arbeitswelt permanent verändert und wir allen die Möglichkeit geben durch lebensbegleitende Weiterbildung diese Veränderungen qualifiziert mitmachen zu können. Ich habe die Hoffnung, dass diese Entwicklung helfen kann die „Partei der Nicht-Wähler“ zu verkleinern.

Ich wende mich noch einmal zur Außenpolitik.

Wir können unsere Rolle in der Welt anders bestimmen als die Nachkriegsbundesrepublik, die gebunden war durch die Kontrolle der Alliierten und sich bequem eingerichtet hatte als Sanitätskompanie der Welt. Das wirft teils schmerzhaft Fragen danach auf, wie der Frieden gewahrt oder wiederhergestellt werden kann. Alte Gewissheiten funktionieren nicht mehr.

Der eiserne Vorhang ist vor über dreißig Jahren gefallen. Die wirtschaftliche Hyperglobalisierung führt nicht automatisch dauerhaft zu mehr Sicherheit.

Das hatte man lange angenommen, es stimmt aber nicht.

Die Diversifizierung der nationalen Interessen ohne die alten Blöcke und die wirtschaftliche Entwicklung vieler sogenannter Schwellen- und Entwicklungsländer führt zu Machtverschiebungen auf dem Globus, die jetzt neu auch mit militärischen Mitteln bestimmt werden.

Das muss für Deutschland nicht zwangsläufig bedeuten, überall militärisch mitzumischen. Es würde erst einmal bedeuten, dass wir unsere Interessen als Deutschland aushandeln und dies mit den Verbündeten in der EU und der NATO abstimmen. Und fragen, wie eine moderne Bundeswehr für welche Zwecke ausgestattet sein muss. Wir müssen fragen, ob der Einmarsch in einem fremden Land am Ende zu mehr Sicherheit für das Land und die Welt führt, oder wie Bedingungen gestaltet werden müssen, um das zu erreichen. Wir sollten auch die Frage stellen, ob das erreicht werden kann und man besser nicht eingreift.

Krisen sind schwer zu ertragen, aber bieten die große Chance, das eigene Leben anders zu sehen und zu organisieren.



Was schafft Sicherheit? Neben materieller Unterstützung hilft das Denken und Planen über die Krise hinaus. Wir sind Gestalter, nicht Opfer.

Der Kirchentag hier in Nürnberg im kommenden Jahr wird viele Diskussionsmöglichkeiten und auch Stärkung durch gemeinsames Erleben, das Gebet und neue Ideen bieten.

Ich freue mich heute auf die Diskussion mit Ihnen und im nächsten Jahr während des Kirchentages.